



Ablehnungsbeschluss

In dem Verfahren

Vorstand der
Piratenpartei Deutschland Stadtverband Braunschweig
Bültenweg 11
38106 Braunschweig
vorstand@piratenpartei-braunschweig.de
— Antragsteller, —

gegen

Vorstand der
Piratenpartei Deutschland Landesverband Niedersachsen
Haltenhoffstr. 50
30167 Hanover
vorstand@piraten-nds.de
— Antragsgegner, —

Aktenzeichen SGdL-05-20-H,


wegen

analoge Anwendung einer Widerspruchsmöglichkeit zu einer abgelehnten Ordnungsmaßnahme,

hat die 1. Kammer des Schiedsgericht der Länder (SGdL) der Piratenpartei Deutschland durch die Richter Melano Gärtner, Stefan Lorenz, Wolfgang Dudda, Dominique Reinoß und Vladimir Dragnić durch Sitzung am 09.12.2020 entschieden:

1. **Das Verfahren wird nicht eröffnet.**
2. Das Verfahren erhält das Aktenzeichen **SGdL-05-20-H**, welches bei jeglicher Kommunikation in diesem Verfahren mit anzugeben ist. Jegliches Schreiben ist nur an **anrufung@sgdl.piratenpartei.de** zu richten und nicht an einzelne Richter. Obligatorisch kann in der Betreffzeile die Ticket-Nr. #72141 angegeben werden.
3. Der Richter Melano Gärtner wird i.A.a. § 12 Abs. 7 SGO den gefassten Beschluss in Vertretung für den Spruchkörper unterzeichnen.

I. Sachverhalt

Am 26.08.2020 stellte der Stadtverband Braunschweig beim Landesvorstand Niedersachsen der Piratenpartei Deutschland einen Antrag auf Ordnungsmaßnahme gegen den Landesvorsitzenden .

– 1 / 3 –

Die 1. Kammer des Schiedsgericht der Länder der Piratenpartei Deutschland wird vertreten durch:

Melano
Gärtner

Vorsitzender Richter

Dominique
Reinoß

Richter

Wolfgang
Dudda

Richter

Vladimir
Dragnić

Richter

Stefan
Lorenz

Richter



- Sinngemäß wird eine Ordnungsmaßnahme nach § 6 Abs. 1 Bundessatzung i.V.m. § 6 Abs. 3 Landessatzung Niedersachsen beantragt.

Am 05.09.2020 entschied der Landesvorstand den Antrag auf eine Ordnungsmaßnahme abzulehnen und teilte das dem Antragsteller am 19.11.2020 schriftlich mit. Der Ablehnung wurde ein Rechtsbehelf beigelegt, wonach nach analoger Auslegung dem Antragsteller ein Einspruchsrecht nach § 8 Abs. 4 S. 2 Schiedsgerichtsordnung (SGO) zustünde und beim entsprechenden LSG einzureichen wäre. Verwiesen wurde auf die Mailadresse des LSG-NDS oder aushilfsweise an die Mailadresse des BSG.

Am 30.11.2020 reichte der Antragsteller den Widerspruchsantrag beim Schiedsgericht der Länder (SGdL) ein, nachdem kurz vorher dieser vom BSG Vorsitzenden mitgeteilt bekommen hatte, dass das SGdL erstinstanzlich zuständig sei, sollte das LSG Niedersachsen nicht besetzt oder nicht handlungsfähig sein.

Der Antragsteller reicht sinngemäß einen Widerspruchsantrag beim SGdL ein,

- wonach in analoger Anlehnung an § 6 Abs. 5 LS Niedersachsen i.V.m. § 8 Abs. 4 S. 2 SGO Widerspruch gegen die abgelehnte Ordnungsmaßnahme eingelegt wird.

II. Entscheidungsgründe

Der Antrag ist unzulässig.

1.

Der Antrag ist form- und fristgerecht eingereicht.

Das Schiedsgericht der Länder ist zuständig, § 6 Abs. 1, Abs. 6 SGO.

2.

Der Antrag ist unzulässig. Der Antragsteller ist nicht antragsberechtigt. Antragsberechtigt ist nach § 8 Abs. 1 S. 2 SGO „jeder Pirat und jedes Organ einer Gliederung, sofern ein **eigener** Anspruch oder eine Verletzung in einem eigenen Recht geltend gemacht oder Einspruch gegen eine sie betreffende Ordnungsmaßnahme erhoben wird“.¹

Der Antragsteller macht keinen Anspruch und keine Verletzung in einem eigenen Recht geltend und erhebt keinen Einspruch gegen eine Ordnungsmaßnahme. Auch wenn der Antragsgegner in seinem Ablehnungsbescheid an den Antragsteller in einem beigelegten Rechtsbehelf vom Mittel des Einspruchs in Analogie zu § 8 Abs. 4 S. 2 SGO an einem Schiedsgericht spricht, ist dieses schon nicht möglich. Eine

¹Schiedsgerichtsordnung, § 8 Anrufung



Analogie ist grundsätzlich nur dann zulässig, soweit sie nicht nach dem Grundgedanken des betreffenden Gesetzes ausgeschlossen ist, *argumentum lege non distinguente*. Das Schiedsgericht der Länder geht hier von keiner planwidrigen Regelungslücke aus und ist daher nicht befugt, sich über diese gesetzgeberische Entscheidung durch eine Auslegung der Vorschrift gegen ihren Wortlaut hinwegzusetzen².

Auch entspricht es der ständigen Rechtsprechung des Bundesschiedsgerichts, dass eine unterlassene Ordnungsmaßnahme gegen einen anderen Piraten keine Rechtsverletzung darstellt.³

Das Einreichen einer Verpflichtungsklage nach § 42 Abs. 1 2. Fall VwGO im Sinne einer Versagungsklage hätte ebenfalls zu einer Ablehnung des Antrags geführt.

III. Rechtsmittel- / Rechtsbehelfsbelehrung und rechtliche Hinweise

Gegen Punkt 1 des Beschlusses steht dem Antragsteller die sofortige Beschwerde nach § 8 Abs. 6 S. 3 SGO offen. Die Beschwerde ist binnen 14 Tagen nach Erhalt des begründeten Beschlusses gemäß § 13a Abs. 1 SGO einzureichen und zu begründen, § 13a Abs. 2 S. 2 SGO.

Einzureichen ist die Beschwerde bei:

Piratenpartei Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
-Schiedsgericht der Länder-
Pflugstraße 9a
10115 Berlin (Mitte)
anrufung@sgdl.piratenpartei.de

Gegen die Punkte 2 und 3 des Beschlusses, sieht die SGO keine Rechtsmittel vor.

Wolfgang
Dudda

Melano
Gärtner

Stefan
Lorenz

Dominique
Reinoß

Vladimir
Dragnić

²BAG, Urteil vom 05.05.2010 - 7 AZR 728/08 - Rn. 26 = NZA 2010, 1025

³Bundesschiedsgericht, Beschluss zu BSG 2013-12-05-1